



Die hier vorliegende Broschüre entstand im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung der ÖREK-Partnerschaft „Vielfalt und Integration im Raum“ durch das Gutachter-Team (TU-Wien, YEAN und IZ ). Sie fasst die wichtigsten Ergebnisse der Werkstätten des zurückliegenden Jahres aus Sicht des Gutachter-Teams zusammen.

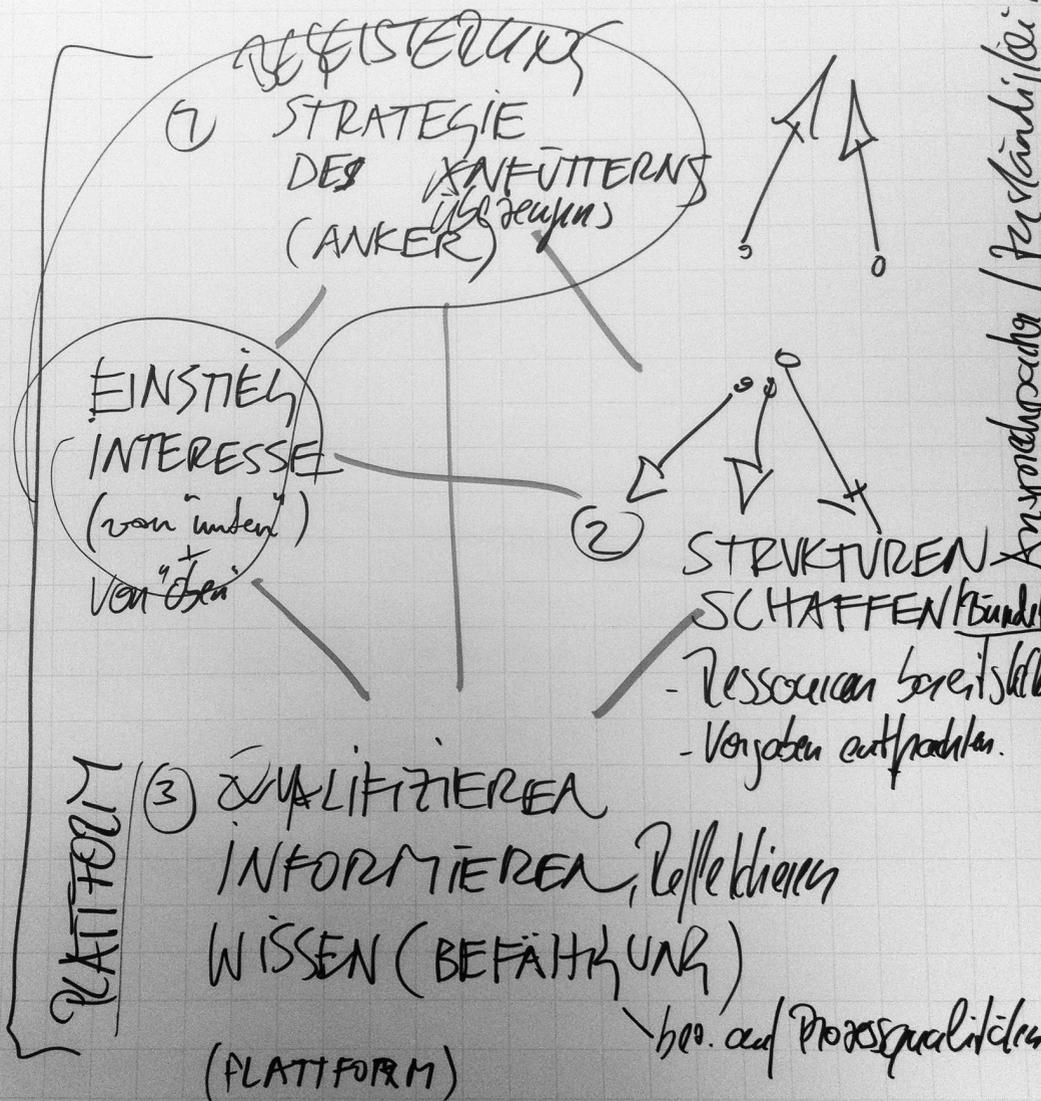
# Inhalt

1. Herausforderungen .....	5
2. Vom Government zum Governance.....	10
<b>A. Dokumentation: Themenfeld I .....</b>	<b>14</b>
3. Gestaltungsansätze und Instrumente.....	19
<b>B. Dokumentation: Themenfeld II .....</b>	<b>30</b>
4. Handlungs- und Kommunikationsplattform.....	35
<b>C. Dokumentation Themenfeld III .....</b>	<b>40</b>
5. Anhang: Fragen / Checkliste .....	50

# 0 BEWUSSTSEIN + WISSEN IN DER RAUMPLANUNG

BEISPIELE

Anwendungsbeispiel / Verständlichkeits



# 1. Herausforderungen

## Vielfalt findet statt

Gesellschaftliche Vielfalt – also die Vielfalt an Lebensstilen, Interessen, Fähigkeiten, Bedürfnissen, sozialen, familiären und beruflichen Hintergründen sind mittlerweile unbestrittene Realität. Ganz besonders der gesellschaftliche Wandel und die Ausdifferenzierung von Gesellschaft, Milieus und Lebensstilen verändern die Anforderungen an Raum und an eine verantwortungsvolle Raumentwicklung in entscheidender Weise. Vor allem die Städte werden zu Kristallisationspunkten, Bezugs- und Aktionsräumen von Migration, von ethnischer und soziokultureller Vielfalt und unterschiedlichen Lebensentwürfen.

Der Wandel betrifft den Altersaufbau der Gesellschaft, die ethnische und kulturelle Vielfalt genauso wie den Rückgang traditioneller Haushalts- und Familienstrukturen. Dies vollzieht sich teilträumlich höchst unterschiedlich und hat teilweise gravierende Folgen für die Städte und die Gemeinden: die Nachfrage nach Wohnraum und Konsumgütern verändert sich, Infrastrukturnetze und Einrichtungen unterliegen veränderten Auslastungen, soziale Infrastruktur muss mitunter umgenutzt, rückgebaut oder massiv erweitert werden. Je nach Nachfrage sinken oder steigen die Marktpreise von Grundstücken und Immobilien. Umstrukturierungsprozesse im gewerblichen Bereich, ein verändertes Konsumverhalten sowie soziale und kulturelle Werteverstärkungen bleiben nicht ohne Einfluss auf den Stellenwert von Innenstädten und ehemals florierenden Einkaufslagen. Ausgeprägte Leerstände oder untergenutzte Geschäftslokale sind Ausdruck eines Wandels, der seine Ursachen auch in veränderten Lebensstilen findet.

Städte sind aufgrund ihrer Arbeitsmärkte, der nachbarschaftlichen Beziehungen, der Bildungseinrichtungen und der öffentlichen Räume traditionelle Orte der Integration. Die zunehmende gesellschaftliche Vielfalt beinhaltet eine größere Bandbreite sozialer Lagen, kultureller Muster, flexibler Lebensformen und letztlich auch von Interessen. Die häufig als „Grundlage der Europäischen Stadt“ angesehene gesellschaftliche Vielfalt bedeutet daher für alle Integrations-Instanzen zunehmende und bisweilen überfordernde Herausforderungen. Die Herausforderungen verteilen sich jedoch im Raum sehr unterschiedlich: An Orten mit hohem ökonomischen und sozialen Kapital wird gesellschaftliche Vielfalt als Gewinn angesehen, während im umgekehrten Fall „überforderte Nachbarschaften“ und „soziale Brennpunkte“ entstehen. Häufig werden die Maßnahmen zum Erhalt der Integrationskraft erst spät gesehen, zu wenig intensiv und zu inkonsistent ergriffen. Zudem können sie den Arbeitsmarkt und zunehmend auch den Wohnungsmarkt kaum noch beeinflussen.

Auch wenn der gesellschaftliche Wandel in den Städten am intensivsten und vielfäl-

→ Umwelt (psych. ...)

→ Forschungs- und ...

offizielles Vorgehen

Informelles vs. formelles  
Kommunikation für Beratung etc.

Werte

① was heißt

Intellektuell

Wirklichkeit

Lebenswirklichkeit

PROZESS

Prozess ...

Rechtswirkung + ...

tigsten spürbar ist, so ist die Gestaltung des gesellschaftlichen Wandels (sinkende Geburtenrate, steigende Lebenserwartung, sozial selektive Fortzüge etc.) auch für kleine und mittelgroße Städte und eher ländlich geprägte Regionen zur zentralen Herausforderung geworden.

Etablierte Strukturen sind insgesamt in Bewegung. Dynamisierungstendenzen betreffen Fragen der Lebensführung und umfassen als solche nicht nur die räumliche Verortung von Arbeit, Wohnen und Freizeit, sondern ebenso deren Beziehung zueinander sowie deren Verknüpfung auf einer sozialen Ebene.

### **Planung nimmt Einfluss auf das Zusammenleben**

Die Planung selbst nimmt direkt oder indirekt Einfluss auf das Zusammenleben in den Städten und in den Gemeinden, auf Fragen der Integration oder Ausgrenzung. So werden Räume immer auch über die Planung und über die Gestaltung beeinflusst. Sie wirken ein auf das Innen- und Außenbild von Quartieren und beeinflussen darüber Prozesse der Stigmatisierung. Funktionszuweisungen in der Raumplanung nehmen Einfluss auf die städtebaulichen Strukturen der Quartiere und auf die Anlage der öffentlichen Räume. Die Infrastrukturausstattung eines Quartiers, das Vorhandensein von Schulen, Jugendeinrichtungen oder Kinderbetreuungsstätten hat maßgeblichen Einfluss auf die Lebensqualität der BewohnerInnen – auch dann, wenn diese vernachlässigt oder aufgegeben werden.

Der demografische Wandel sowie die wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen stehen in direkten Wechselbeziehungen zueinander. Das macht neue und integrierte Instrumente der Raumentwicklung erforderlich, welche die klassischen raumrelevanten Planungsansätze unterstützen und mit Aktivitäten in wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bereichen verknüpfen.

Dies verlangt beispielsweise eine aktive Standort- und Wirtschaftspolitik, um in den Regionen genügend Arbeitsplätze in unterschiedlichen Tätigkeitsfeldern und für differenzierte Qualifikationen bieten zu können. Dies bedingt die regionale Abstimmung, wenn es in Standortfragen, dem quantitativen und qualitativen Angebotsmix, den Fördermodalitäten oder beispielsweise den Trägerformen um die Abstimmung wohnungs- und siedlungspolitischer Zielsetzungen geht. Dies betrifft das Angebot an Kinderbetreuungsplätzen als Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dies erfordert eine aktive Bildungspolitik als Schlüssel zur Integration und als Faktor einer Konkurrenzfähigkeit im internationalen Standortwettbewerb der Städte und Regionen. Und dies verlangt nach infrastrukturellen Anpassungsstrategien für eine veränderte, vielfältigere Gesellschaft mit ihren differenzierten Bedarfen an Wohnraum, sozialen und kulturellen Infrastruktureinrichtungen, Mobilitätsangeboten und öffentlichen Räumen.

### **Politik und Verwaltung müssen auf die Herausforderungen reagieren**

Auf regionaler und lokaler/örtlicher Ebene steht die Raumplanung vor besonderen Herausforderungen, welche sich eben nicht in tradierten Planungskategorien

## POSITIONEN

Klares politisches Bekenntnis zu Integration und Vielfalt im Raum – als Bedingung eines verantwortungsvollen, koordinierenden Handelns!

Bereitschaft zum Umdenken – als Voraussetzung bestehende Barrieren zu erkennen und zu überwinden; hier sind die Akteurinnen der Makro-Ebene in einer besonderen Verantwortungsrolle!

Notwendigkeit integrierter Strategien – als zentrale Basis zur politischen Verankerung von Zielen und zur strategischen Steuerung sowie Koordination erforderlicher ressortübergreifender Maßnahmen und Interventionen!

Aktivieren der Schnittstellen – im Sinne einer institutionell- und ämterübergreifenden Ressourcenbündelung als auch einer Kooperation mit privaten Akteurinnen!

Etablieren offener Förder- und Anreizsysteme – in der strategischen und kooperativen Verknüpfung von top- down- und bottom-up-Prozessen!

Entwickeln stimulierender Verfahren der Raumwahrnehmung – als notwendige Voraussetzung für gute Informationen über die jeweiligen sozialräumlichen Settings!

Verbreitern der Wissensbasis – mit Blick auf neue Governance-Formen aus erfolgreichen Projekten, Prozessen, Instrumenten und Strategien der Raumentwicklung lernen!

abbilden und mit klassischen Routinen bewältigen lassen. Die Herausforderungen sind komplex und vielfältig. Mit der Sichtweise auf die Integration vielfältiger Lebensentwürfe, Wertevorstellungen und Verhaltensweisen stehen Politik und öffentliche Verwaltungen vor der Aufgabe, auf Problem- und Konfliktlagen sowie auf Herausforderungen und Chancen reagieren zu müssen. Eine besondere Verantwortung kommt hierbei dem Bund und den Ländern zu: Hier werden die Rahmenbedingungen und die damit verbundenen Wertevorstellungen geprägt. Durch angemessene Instrumente und Verfahren kann und muss ein „change management der Köpfe“ bewirkt und eine Qualifizierung der Prozesse initiiert und gefördert werden.

### **Gesellschaftliche Vielfalt erfordert die Vielfalt im Handeln**

Auf der lokalen Ebene sind Politik und Verwaltung herausgefordert, den Umgang mit Vielfalt und Integration nicht als Belastung und Bürde zu administrieren, sondern diesen als Chance und Herausforderung für neue, mitunter auch überraschende Zugänge der Raumwahrnehmung und -entwicklung zu sehen. „Frische Blicke“ sind gefordert, wenn es darum geht, die unterschiedlichen, im sozialen Raumgefüge verborgenen Besonderheiten, Begabungen und Talente zu entdecken und zu fördern. Weit über ein Konfliktmanagement und über eine Konfliktvermeidung hinausgehend, kommt der (Raum)Planung dabei die Aufgabe zu, das vielfältige soziokulturelle und ökonomische Wirkungsgeflecht zu stimulieren. In sorgfältig angelegten Prozessen müssen Aufmerksamkeit erzeugt, Verkrustungen in den Denkstrukturen aufgebrochen, Entwicklungs- und Erneuerungskräfte mobilisiert und Grenzen zwischen gesellschaftlichen Gruppen überwunden werden. Es geht um die Förderung neuer Bündnisse und Kooperationsformen und um die Eröffnung von Raum zu einem engagierten Handeln.

Dies verlangt einen wesentlich höheren Aufwand an Zusammenarbeit, Aushandlung und Abstimmung und eine wesentlich größere Bereitschaft, über gemeinsame Entwicklungsziele nachzudenken und sich mit dem Nutzen eines querschnittsorientierten Planens und Handelns auseinanderzusetzen, als dies die bisherigen Gestaltungs- und Entscheidungsprozesse wie auch Politikformen verlangt haben. Von daher bedarf es eines klaren politischen Commitments, sich den Herausforderungen mit vielfältigen und wohl dosierten Prozessschritten und Kooperationen stellen zu wollen.

Der zukunftsorientierte, kreative und verantwortungsbewusste Umgang mit den Querschnittsthemen und Politikfeldern „Integration und Vielfalt“ wird dabei zu einer besonderen Investition in die Zukunft von Städten und Gemeinden. Ohne die Bereitschaft, dabei auch planerisch neue Wege gehen und Neuland betreten zu wollen, wird dies nicht gehen. **Kurz gesagt: Der Umgang mit gesellschaftlicher Vielfalt erfordert die Vielfalt im politischen und planerischen Handeln!**

## 2. Vom Government zur Governance

### **Vielfalt und Integration als Querschnittsaufgabe in der Raumplanung**

Ganz besonders die raumrelevanten Politik- und Arbeitsfelder der Querschnittsmaterien „Integration“ und „Vielfalt“ sind geprägt von unterschiedlichen Zuständigkeiten (horizontal und vertikal), besitzen unterschiedlichste Förder- und Handlungslogiken und sind mitunter von divergierenden politischen Interessen und einem unterschiedlichen Verständnis von „Integration“ und „Vielfalt“ geprägt. Dies betrifft den Wohnbau ebenso wie die soziale Infrastruktur, die Bildung, die Arbeit oder auch den öffentlichen Raum. Konventionelle, sektorale Pläne verlieren dabei mehr und mehr an Bedeutung, informelle und vielschichtige Pläne werden immer wichtiger. Solche Pläne können nicht nur einer Planungsdisziplin verpflichtet sein, sondern müssen die unterschiedlichen Ansprüche und Lösungsansätze zu einem integrierenden Ganzen vereinen.

Erfolgreiche Prozesse benötigen das Zusammenspiel der zuständigen Institutionen und der handelnden AkteurInnen auf allen drei Ebenen: Von der koordinierenden, akzentsetzenden und motivierenden Raumpolitik auf der Bundes- und Länderebene über die politischen Bezirke, Regionen, Gemeinden und Städte mit ihrer Zuständigkeit für strategische Konzepte der Umsetzung bis hinunter auf die lokale Ebene vor Ort und die dort wirksamen AkteurInnen, Institutionen, Maßnahmen und Projekte. Der Integrationsanspruch stellt sich dabei als eine andauernde, ressortübergreifende Querschnittsaufgabe dar.

### **Kooperation als Schlüsselfaktor**

Die Beispiele für so verstandene raumwirksame Querschnittsaufgaben sind vielfältig. Das Spektrum reicht von der Erarbeitung regionaler oder kommunaler Integrationsleitbilder über (regionale) Handlungs- und Strategiekonzepte in den Bereichen Wohnen und Siedlungsentwicklung, Erarbeitung integrierter Entwicklungs- und Erneuerungskonzepte auf städtischer oder auch quartiersbezogener Ebene bis hin zu Konzepten in der Entwicklung und Gestaltung öffentlicher Räume. Ihnen allen gemein ist der ressortübergreifende, vernetzende Charakter und die Tatsache, dass an ihrer Entwicklung ein vielfältiges Spektrum unterschiedlichster AkteurInnen aus Politik, Verwaltung, Kultur, Wirtschaft und Öffentlichkeit beteiligt ist.

Konkret stellt sich bei diesen Beispielen raumrelevanten Handelns immer die Frage, wie sich das integrative Zusammenwirken der Institutionen und der handelnden AkteurInnen stimulieren und fördern lässt. In diesem Zusammenhang rücken neue Governance-Modelle in den Fokus. Es geht um die kreative Gestaltung von Prozessen und um die Vernetzung von handelnden Personen und Institutionen. Dabei wird die Kooperation zum Schlüsselfaktor, die dazu verhilft, neue

Verbindungen und Informationen aufzunehmen, zu verarbeiten, gemeinsame Schnittmengen zu entdecken und diese aktiv zu gestalten. Sie setzt darauf, die unterschiedlichen Interessens- und Handlungsziele relevanter AkteurlInnen und Institutionen einzubeziehen und in praktisches Handeln zu transformieren. Hierzu bedarf es der Etablierung entsprechender Organisationsstrukturen und Kooperationsmodelle.

### **Herausforderung Governance**

Neben einer optimierten und in ihren Zuständigkeiten, Verantwortlichkeiten und Wirkungsräumen geregelten Planung rückt die „kollektive Intelligenz“. Damit es dazu kommt, benötigen solche Netzwerke eine gemeinsame Orientierung, gemeinsame Werte, einen gemeinsam getragenen Anspruch und eine besondere Transparenz. Gerade hier zeigt sich, wie stark Governance-Modelle auf einen klaren, mit einem langen Atem ausgestatteten, visionären und starken politischen Willen angewiesen sind. Erfolgreiche Governance-Strukturen bedingen die Motivation der TrägerInnen und AdressatInnen in dem vielfältigen Politikfeld kommunaler Entwicklung. Im Kontext von Integration und Vielfalt gerät Governance zur kulturellen Herausforderung im gefestigten, hierarchisch gegliederten und fachspezifisch strukturierten System der Planungsverantwortungen und -zuständigkeiten.

### **Vielfältige Zugänge im Umgang mit Vielfalt und Integration**

Im Kontext von Integration und Vielfalt gibt es keinen Königsweg - keine einzig richtige Strategie, auch keine Musterlösung. So vielfältig das Thema selbst, ist auch der Umgang damit in den unterschiedlichen Planungs- und Umsetzungsprozessen. Aufgabe kann damit auch nicht sein, allgemeingültige Lösungs- und Strategieansätze zu entwickeln und zu praktizieren. Es wird vielmehr darauf ankommen, die unterschiedlichen AkteurlInnen und Stakeholder für die Relevanz, das breite Spektrum an Herangehensweisen und strategischen Ansätzen zu sensibilisieren sowie für den Umgang damit zu motivieren. In den Fokus rücken Fragen, wie sich solche Governance-Prozesse auf kommunaler und regionaler Ebene initiieren lassen, wie das Zusammenwirken der verschiedenen Institutionen und AkteurlInnen gestaltet sein kann und wie Vereinbarungen in die Umsetzung gehen können. Es geht damit auch um die Auseinandersetzung mit guten Beispielen - um das Lernen an und von beispielhaften Projekten sowie Handlungs- und Lösungsansätzen.

### **Planungsprozesse werden zu offenen Lernprozessen**

Die Güte einer Planung bemisst sich längst nicht nur an der Qualität ihrer Produkte, der Pläne, sondern an der Qualität der dahinterliegenden Prozesse. Umso wichtiger ist, Planung auch stets als Anlass und Plattform konkreter Beteiligungsprozesse und Mitwirkungsmöglichkeiten zu begreifen. Erst recht, wenn es um gesellschaftlich relevante Aufgaben- und Handlungsbereiche geht.

## BEISPIELE RELEVANTER PLANUNGSAUFGABEN:

Wohnen und Siedlungsentwicklung (Ermittlung quantitativer und qualitativer Bedarfsanforderungen, Entwicklung spezifischer Erweiterungs- bzw. Umbaukonzepte, Abstimmung mit der Förder- und Belegungspolitik, u.v.m.)

Bildung, kulturelle und soziale Infrastruktur (Ermittlung quantitativer und qualitativer Bedarfsanforderungen, Entwicklung integrierter Standortkonzepte u.v.m.)

Wohnumfeld und öffentlicher Raum (Ermittlung der Bedarfsanforderungen, Entwicklung von Nutzungs-, Aneignungs- und Gestaltungskonzepten für Straßen, Plätze und Freianlagen u.v.m.)

Verkehr und Mobilität (Ermittlung der Bedarfsanforderungen, Vernetzung unterschiedlicher Verkehrssysteme, Beeinflussung des Mobilitätsverhaltens, Mobilitätsmanagement u.v.m.)

Arbeit, Arbeitsmarkt, lokale/ethnische Ökonomien (Ermittlung der Bedarfe und der Potenziale, Wirtschafts- und Unternehmensförderung, Standortentwicklung u.v.m.)

Entwicklungs- und Erneuerungsplanung (Ermittlung relevanter Rahmenbedingungen und Herausforderungen, räumlich/thematische Schwerpunktsetzungen, Handlungsfelder und Maßnahmenbereiche, Prioritätensetzung)

Eine zukunftsorientierte Entwicklung der Städte und Gemeinden erfordert den offenen Dialog und die Auseinandersetzung mit Zielen, Handlungsansätzen und Projekten - dies gerade oder erst Recht in dem komplexen Aufgabenfeld von „Integration und Vielfalt“, in welchem unterschiedliche Erwartungen und Zielsetzungen, vielfach auch Vorurteile aufeinandertreffen! Es geht um das Eröffnen von Mitgestaltungsmöglichkeiten der vielfältigen AkteurlInnen aus Wirtschaft, Kultur, Politik und der Zivilgesellschaft. In den Mittelpunkt rückt das Lernen voneinander. Ohne die Bereitschaft, dabei auch neue Pfade suchen und Neuland betreten zu wollen, wird dies nicht gehen.

Beteiligung ist in diesem Zusammenhang also nicht als bloße Teilnahme an Entscheidungsabstimmungen zu verstehen. Dort, wo sich die BürgerInnen tatsächlich aktiv beteiligen können, entwickelt sich aus dem aktiven „Raum machen“ eine gemeinsame Verantwortung für den Raum.

### **Vom fürsorgenden zum aktivierenden Staat**

In Zeiten knapper Kassen und der wachsenden Einsicht in die begrenzte Wirksamkeit sektoraler Politiken, wächst die Einsicht zu neuen kooperativen Planungsansätzen und Handlungsstrategien. Kooperation wird zum Schlüsselbegriff erfolgreichen raumbezogenen Handelns. Nur wer dabei die Bereitschaft besitzt, etwas von der „eigenen“ Durchsetzungsmacht, der „Planungs- und Deutungshoheit“ abgeben zu wollen, wird auch einen Zugewinn an Kompetenz und Effektivität im Erreichen gesellschaftlicher Ziele herstellen können.

Über die Kooperation zwischen Bund, Ländern, Regionen und Gemeinden und zwischen einzelnen Ressorts und Institutionen hinausgehend, geht es hier auch um die Kooperation mit AkteurlInnen auf gesellschaftlicher Ebene – sowohl der Wohlfahrtsverbände wie auch der Wirtschaft und der Wissenschaft. Vielfach erfordert dies ein Überwinden von Denkbarrieren. Und es bedingt eine neue Logik staatlichen Handelns - weg von der rein fürsorglich orientierten Politik hin zu aktivierenden Strategien, Handlungs- und Förderprogrammen.

Mit dem Bedeutungszuwachs kooperativer Prozesse wächst auch der Einfluss der Zivilgesellschaft an politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen. Deutlich wird, dass eine solche (neue) Planungs- und Prozesskultur nicht ohne Einfluss auf die Struktur, Arbeitsweise und auch das Selbstverständnis der Verwaltung bleibt. Durch die bürgerInnennahe Verlagerung von Verantwortung und durch neue Schwerpunktaufgaben wie jene des „Empowerments“ entstehen weit aufgefächerte Zuständigkeitsbereiche und gleichermaßen auch neue Anreize und Chancen für Kooperationen.<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Heidede Becker, Rolf-Peter Löhr: Soziale Stadt - ein Programm gegen die sozialräumliche Spaltung in den Städten, in: Bundeszentrale für politische Bildung, 2002







## Ergebnisse Themeninsel I

- Planung muss dynamischer werden. Sie muss noch mehr Bedürfnisse und mehr Zielgruppen berücksichtigen.
- Planung muss flexibler werden.
- Die große Herausforderung ist sich klar zu werden, für wen planen wir. Für welche Zielgruppen und für welche Ebenen planen wir? Auf wen werden unsere Planungen wirken? Wer bestimmt die Vision?
- Vielfalt kann zum Teil die Planung überfordern. Kann Planung das leisten? Wird mit diesem Thema nicht eine zu große Erwartungshaltung an den/die PlanerIn gestellt?
- Heutzutage wird Planung in diesem Kontext eher reagierend und reparierend, anstatt vorausschauend eingesetzt. Planung braucht mehr Mut zur Vision.
- Folgende Themenfelder spielen eine wichtige Rolle: Ressourcen, Zuständigkeiten und Haltung.



# Einbeziehen statt Einordnen

Zusammenleben in Oberösterreich



Integrationsleitbild des Landes OÖ

LEITBILDER	<b>LEITUNGSAUSSCHUSS</b> Zusammensetzung: Landesrat, Landesregierung, Vertreter der Bundesländer, Vertreter der Bundesländer, Vertreter der Bundesländer
LEITBILDER	<b>UNIVERSITÄTES BEGLEITSEMINAR</b> Beitrag zur Integration von Studierenden, Integration und Vernetzung der Studierenden, Integration und Vernetzung der Studierenden
LEITBILDER	<b>AUFTAKTVEREINBARUNG</b> Abgrenzung der Zuständigkeiten der Bundesländer, Abgrenzung der Zuständigkeiten der Bundesländer
LEITBILDER	<b>GEMEINDEBERATUNG</b> Einbindung der Gemeinden in die Integration, Einbindung der Gemeinden in die Integration
LEITBILDER	<b>REGIONALVERANSTALTUNGSREIHE</b> Einbindung der Regionen in die Integration, Einbindung der Regionen in die Integration
LEITBILDER	<b>ARBEITSKREISE</b> Einbindung der Arbeitskreise in die Integration, Einbindung der Arbeitskreise in die Integration
LEITBILDER	<b>FACHJAHGUNG „INTEGRATION IST GESTALTBAR“</b>
LEITBILDER	<b>ABPASSUNG GESAMTLEITBILD</b>
LEITBILDER	<b>BESCHLUSS DES INTEGRATIONSLEITBILDES</b>
LEITBILDER	<b>POLITISCHER ENTSCHEIDUNGSPROZESS</b>
LEITBILDER	<b>ABSCHLUSSEVENTUALUNG</b>

36	<b>MASSNAHMEN-EMPFEHLUNGEN</b>	3.1 <b>HAUPTBEREICH SPRACHE</b> 3.1.1 Integration in den Bildungsbereich 3.1.2 Förderung und Einpassung von Eltern 3.1.3 Förderung der Integration in den Arbeitsmarkt 3.1.4 Förderung „Lebensweite Förderung“ 3.1.5 Förderung der Integration in den Bildungsbereich 3.1.6 Förderung der Integration in den Bildungsbereich
	<b>ARBEITSMARKT</b>	3.2 <b>HAUPTBEREICH ARBEITSMARKT, BERUFSSICHERUNG</b> 3.2.1 Förderung der Integration in den Arbeitsmarkt 3.2.2 Förderung der Integration in den Arbeitsmarkt 3.2.3 Förderung der Integration in den Arbeitsmarkt 3.2.4 Förderung der Integration in den Arbeitsmarkt 3.2.5 Förderung der Integration in den Arbeitsmarkt 3.2.6 Förderung der Integration in den Arbeitsmarkt 3.2.7 Förderung der Integration in den Arbeitsmarkt 3.2.8 Förderung der Integration in den Arbeitsmarkt
		3.3 <b>HAUPTBEREICH WIRTSCHAFT, ARBEITSMARKT, BERUFSSICHERUNG</b> 3.3.1 Förderung der Integration in den Arbeitsmarkt 3.3.2 Förderung der Integration in den Arbeitsmarkt 3.3.3 Förderung der Integration in den Arbeitsmarkt 3.3.4 Förderung der Integration in den Arbeitsmarkt 3.3.5 Förderung der Integration in den Arbeitsmarkt 3.3.6 Förderung der Integration in den Arbeitsmarkt
		3.4 <b>HAUPTBEREICH VERWALTUNG, GLEICHSTELLUNG, FAMILIENRECHT, SOZIALRECHT</b> 3.4.1 Förderung der Integration in den Arbeitsmarkt 3.4.2 Förderung der Integration in den Arbeitsmarkt 3.4.3 Förderung der Integration in den Arbeitsmarkt 3.4.4 Förderung der Integration in den Arbeitsmarkt 3.4.5 Förderung der Integration in den Arbeitsmarkt
		3.5 <b>HAUPTBEREICH GESUNDEHEIT, PFLEGE, VERSICHERUNG</b> 3.5.1 Förderung der Integration in den Arbeitsmarkt 3.5.2 Förderung der Integration in den Arbeitsmarkt 3.5.3 Förderung der Integration in den Arbeitsmarkt 3.5.4 Förderung der Integration in den Arbeitsmarkt 3.5.5 Förderung der Integration in den Arbeitsmarkt 3.5.6 Förderung der Integration in den Arbeitsmarkt
		3.6 <b>HAUPTBEREICH WOHNEN, WOHNUMFELD, ZUSAMMENLEBEN</b> 3.6.1 Förderung der Integration in den Arbeitsmarkt 3.6.2 Förderung der Integration in den Arbeitsmarkt 3.6.3 Förderung der Integration in den Arbeitsmarkt
		3.7 <b>HAUPTBEREICH KULTUR, RELIGION</b> 3.7.1 Förderung der Integration in den Arbeitsmarkt 3.7.2 Förderung der Integration in den Arbeitsmarkt 3.7.3 Förderung der Integration in den Arbeitsmarkt 3.7.4 Förderung der Integration in den Arbeitsmarkt
		3.8 <b>HAUPTBEREICH FREIZEIT, SPORT</b> 3.8.1 Förderung der Integration in den Arbeitsmarkt 3.8.2 Förderung der Integration in den Arbeitsmarkt 3.8.3 Förderung der Integration in den Arbeitsmarkt



# Integrationsleitbild OÖ, 2008

In einem zweieinhalbjährigen Prozess wurde das „Integrationsleitbild Oberösterreich“ erarbeitet. Es beinhaltet sowohl integrationspolitische Leitlinien als auch übergeordnete strategische Maßnahmen und konkrete Maßnahmenempfehlungen zur Verbesserung der Integration in den Bereichen Bildung, Arbeit, Verwaltung, Gesundheit, Wohnen, Freizeit, Kultur und Religion.

**integrationsleitstelle**

Strategischer Umsetzungsauftrag als Förder-, Wissens- und Kompetenzort

**politische gesamtzuständigkeit**

Landesrat

**ständige landesintegrationskonferenz**

Strategisches Controlling, Reflexion & Beratung  
Breite Abstützung und Vernetzung  
Schnisstelle zwischen öffentlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen und AkteurenInnen

**landesverwaltungsinternes netzwerk für integration**

Abgestimmte, ressortübergreifende Koordination und Umsetzung

**regionale bezirksplattformen für integration**

Integrationsförderung und Vernetzung auf Bezirks- und Gemeindeebene

# 3. Gestaltungsansätze und Instrumente

Zur integrierten Vernetzung integrations- und vielfaltsrelevanter Politik- und Handlungsfelder bedarf es eines Spektrums an Instrumenten, Verfahrensweisen und Steuerungsansätzen und deren institutionelle Verankerung in Governance-Prozessen. Über die Fragen nach den einzelnen Maßnahmen hinaus (dem WAS?) geht es hier vor allem um die Frage nach dem WIE - bezogen auf die Auswahl der Instrumente und bezogen auf die Anforderungen an die Gestaltung von Prozessen. Das Spektrum reicht von der Erarbeitung von Leitbildprozessen und Strategiekonzepten, vom Einsatz sozialraumorientierter Analyse- und Gestaltungsinstrumente über die Erarbeitung integrierter Handlungskonzepte, die Gestaltung von Partizipationsprozessen bis hin zur Etablierung eines querschnittsorientierten Schnittstellenmanagements.

## Leitbilder und Strategiekonzepte

Der Raumentwicklung mangelt es meist nicht an guten Ideen, Plänen oder Konzepten. Vielfach aber stehen diese, trotz gemeinsamer Schnittfelder oder Schnittmengen, unverbunden nebeneinander. Zu ausgeprägt ist die „Kultur“ unterschiedlicher Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten - auch bezogen auf das Zusammenspiel öffentlicher und privater Interessen. Dies führt dazu, dass ein koordiniertes und vernetzendes Handeln, basierend auf einer gemeinsamen Raumvision, längst noch keine Realität ist. Gleichermäßen wissen wir, dass in der Auseinandersetzung mit den ökonomischen, sozialen und kulturellen Ressourcen unserer Städte und Gemeinden, perspektivisch angelegte, glaubwürdige und anregende Leitbilder benötigt werden, welche zur Reibfläche einer Diskussion zur strategischen Ausrichtung der Raumentwicklung werden müssen. Vor allem auf der Mesoebene<sup>2</sup> geht es bei diesen regionalen Leitbildprozessen um die Positionierung und um die strukturelle Verankerung der Themenfelder Integration und gesellschaftliche Vielfalt als Querschnittsmaterie und als wertsetzende Ressource in Politik und Verwaltung.

### Regionale oder auch kommunale Leitbilder sind darauf ausgerichtet:<sup>3</sup>

- » Integration und Vielfalt als Querschnittsthemen der Raumentwicklung zu verankern und die jeweilige Verantwortung der unterschiedlichen AkteurlInnen und Institutionen sichtbar zu machen,
- » eine systematische Koordination, Qualitätssicherung und Innovation des raumrelevanten Handelns zu ermöglichen,
- » die entsprechenden Herausforderungen, Strategien und Handlungsansätze nachvollziehbar zu vermitteln.

<sup>2</sup> Basierend auf einem im Rahmen des Projekts erarbeiteten differenzierten Raum- und Handlungsmodell: mikro (lokal)/meso (regional)/makro (national) wird die Meso-Ebene als integrativ wirksamer Gestaltungsraum angesehen (Details siehe Jahresbericht 2012).

<sup>3</sup> Kenan Güngör, Edith Riepl: Einbeziehen statt Einordnen, Integrationsleitbild des Landes OÖ, Linz 2008, Seite 36



Wissen generieren

## Frische Blicke auf die Stadt, Stuttgart 2009

Kinder und Jugendliche – darunter viele mit Migrationshintergrund – entwickeln Bausteine und Medien zum eigenen Stadtteil und ganz allgemein zu „der Stadt“. Dies fördert eigenes Engagement in der Stadt, urbane Bildung und zugleich Schlüsselqualifikationen wie Lesen, Schreiben, Umgang mit technischen und elektronischen Medien, Präsentation, Organisation.

## Frischer Blick auf den Stadtteil gewünscht

Jugendliche entdecken Giebel mit der Videokamera – Projekt des Kinder- und Jugendhauses Giebel sowie der Stadtplaner von Weeber und Partner

**Giebel.** Kinder und Jugendliche haben oft eine ganz eigene Sicht der Dinge. Auch dann, wenn es um ihr Wohnumfeld geht. Frische Blicke heißt deswegen ein gemeinsames Stadtentwicklungsprojekt des Kinder- und Jugendhauses Giebel sowie des Instituts Weeber und Partner.

Von Isabelle Butschek

Die Jungs tun das, was sie am liebsten machen: kicken auf dem Hartplatz des Kinder- und Jugendhauses. Hin und her geht es, bis der Ball plötzlich in hohem Bogen über den Zaun fliegt und auf der Mittelfeldstraße landet – kurz vor einem Auto, das hart abbremsen muss. Die Szene ist in diesem Moment zwar nur gestellt, doch kommt sie auch in der Realität immer wieder vor. Deswegen haben die Jungs beschlossen, sie in einem kleinen Film festzuhalten. Der Video-clip ist Teil des Projekts Frische Blicke, das diese Woche in Giebel angelaufen ist. „Ziel ist es dabei, Kinder und Jugendliche in die Stadtentwicklung miteinzubeziehen“, sagt Gabriele Steffen von Weeber und Partner. Das Institut für Stadtplanung und Sozialforschung hat das Projekt entwickelt, gefördert wird es vom Bundesprogramm nationale Stadtentwicklungspolitik. „Bei dem Projekt geht es allerdings nicht darum, Wunschlisten anzufertigen oder Traumhäuser zu entwerfen, sondern ein bleibendes Ergebnis zu produzieren und sich mit der Stadt auseinanderzusetzen“, sagt Steffen.



## **Wissen generieren**

Vieles wissen wir über unsere Städte und Gemeinden, dokumentiert in Karten und Plänen, erfasst in Statistiken, erläutert in Publikationen. Doch was wissen wir wirklich über die Räume in denen wir leben? Was wissen wir von den Menschen und deren Erwartungen, den Wünschen und Hoffnungen an die Stadt, an das Quartier und an deren weiteren Entwicklung? Was wissen wir von jenen Menschen, für die Stadt oder die Gemeinde zum neuen Lebensmittelpunkt und somit zur neuen Heimat geworden ist? Um den Raum zu verstehen, müssen wir lernen, ihn zu lesen und zu interpretieren.

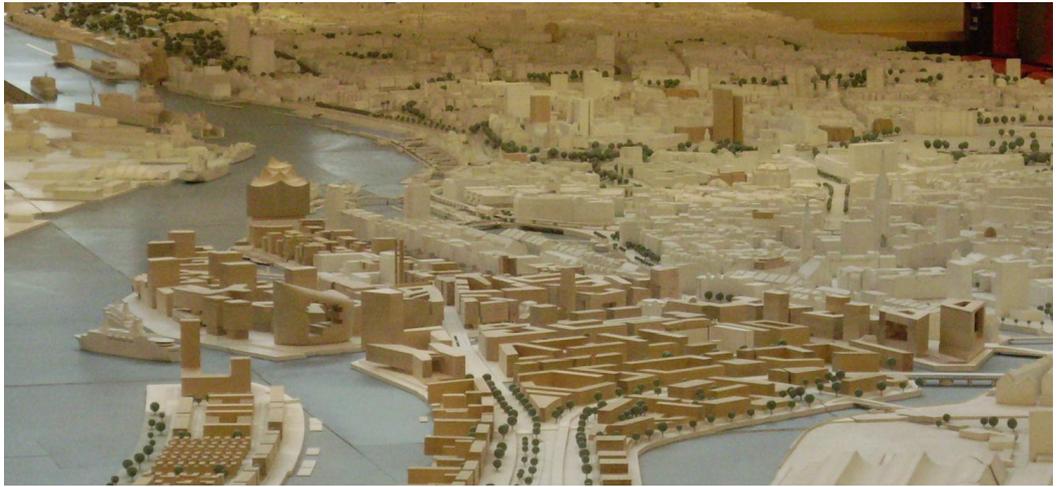
Gerade die vielfältigen Milieus geben den Städten und Gemeinden ihr besonderes, unverwechselbares Gesicht. Das Wissen darüber erfordert die Schärfung des Bewusstseins für die spezifischen Werte und Eigenarten, für die vielfältigen kulturellen, sozialen und ökonomischen Ressourcen des Raumes. Gerade der Umgang mit „Vielfalt und Integration“ erfordert die Auseinandersetzung mit den Menschen vor Ort, bedingt die Suche nach Ideen und Positionen, erzwingt den offenen und vorurteilsfreien Blick auf die spezifischen Werte im Raum. Das Spektrum solcher „Entdeckungsreisen“ ist vielfältig. Angefangen von Stadtteilspaziergängen mit Kindern und Jugendlichen bis hin zu dem komplexen Instrument der „Sozialraumanalyse“. Über das Generieren von Wissen hinausgehend, geht es dabei immer auch um das Wecken von Neugierde und um das Schüren von Gestaltungswille und Verantwortungsbewusstsein.

### **Methoden der Raumwahrnehmung und -erkundung:**

- › Stadtteilspaziergänge und Entdeckungsreisen mit Kindern, Jugendlichen, Erwachsenengruppen, MigrantInnen
- › Sozialraumanalyse mit ihrem methodischen Spektrum an Analysezugängen, die dabei behilflich sind, die Erwartungen und Werthaltungen der Menschen kennenzulernen
- › Interviews, Befragungen, (teilnehmende) Beobachtungen
- › Netzwerk- und AkteurInnenanalysen
- › Erhebung sozialgeographischer und sozialstruktureller Eckdaten (siehe auch Anwendungsbeispiel im Anhang)

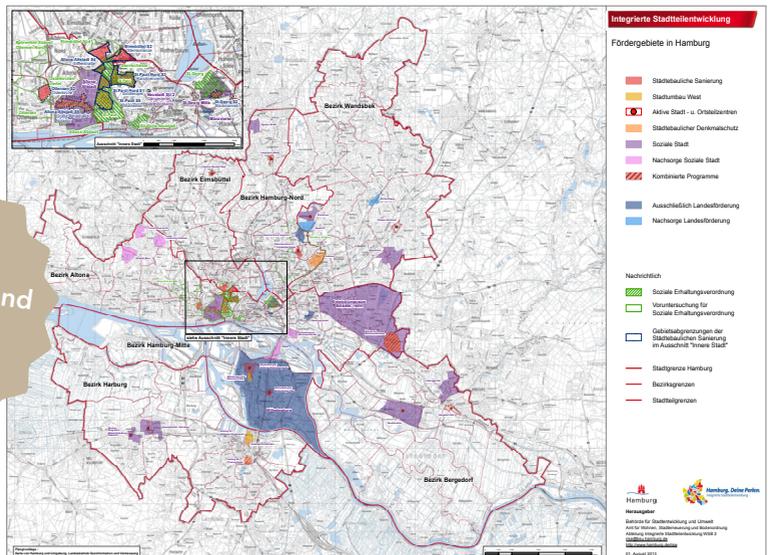
## **Integrierte Entwicklungs- und Erneuerungskonzepte**

Komplexe Herausforderungen erfordern komplexe, sektorenübergreifende, ganzheitliche Lösungen. Integrierte Handlungskonzepte, gleichgültig ob auf lokaler oder auch regionaler Ebene, sind darauf ausgelegt, die verschiedenen sektoralen Politiken zu koordinieren und die für die Raumentwicklung relevanten Anliegen und Interessen der unterschiedlichen AkteurInnengruppen zu vernetzen. Sie werden zu dem zentralen Instrument einer diversitätsorientierten Raumentwicklung und damit zur Basis der inhaltlichen, räumlichen, zeitlichen und ökonomischen Koordination von Vorhaben und Maßnahmen.



# Rahmenprogramm Integrierte Stadtentwicklung (RISE), Hamburg 2012

Für die Stadtteilentwicklung in den Fördergebieten mit ihren spezifischen Problemen ist ein integriertes und abgestimmtes Vorgehen erforderlich. Mit dem Rahmenprogramm Integrierte Stadtentwicklung sind die bisherigen Hamburgischen Stadtteilentwicklungsprogramme sowie die Programmsegmente der Bund-Länder-Städtebauförderung unter einem Dach zusammengeführt worden.



Integrierte Entwicklungs- und Erneuerungskonzepte

Die Erarbeitung integrierter Entwicklungs- und Erneuerungskonzepte kommt vor allem dann zur Anwendung, wenn es darum geht, komplexe Anforderungen zu bewältigen und vielschichtige AkteurInnen in ihrem räumlichen Handeln zu koordinieren.

Vor allem die Bewältigung integrationsrelevanter Herausforderungen der Quartiersentwicklung erfordert ressort- und akteurInnenübergreifende wie prozessorientierte Konzepte. Dabei sind alle für die konkreten Entwicklungs- bzw. Erneuerungsprozesse relevanten Handlungsfelder einzubeziehen: aus dem städtebaulichen Bereich ebenso wie aus dem Blickwinkel der lokalen Ökonomie, des Gemeinwesens, der Bildungsinfrastruktur oder der Mobilität.

Integrierte Konzepte sind immer auch Querschnittskonzepte zur politischen Verankerung von Zielen, zur strategischen Steuerung und Koordination erforderlicher ressortübergreifender Maßnahmen und Interventionen. Wesentlicher Bestandteil solcher Konzepte sind daher auch detaillierte Planungs- und Umsetzungskonzepte mit Darstellung der Kosten-, Finanzierungs- und Zeitpläne für konkrete Projekte und Vorhaben.

Von entscheidender Bedeutung ist die Einbeziehung der lokalen AkteurInnen an der Konzipierung und Umsetzung sektorenübergreifender Projekte und Programme. Weit über das Wecken von Interesse hinausgehend, geht es hier um die Aktivierung der Mitgestaltung an konkreten Projekten und Vorhaben der Raumentwicklung, für die vielleicht auch eigene finanzielle Ressourcen im Rahmen eines Quartiersbudgets zur Verfügung gestellt werden.

### **Integrierte Konzepte:**

- » bieten die Möglichkeiten für eine strategische Beteiligung und an Mehr an politischer und sozialer Teilhabe für die unterschiedlichen AkteurInnen aus Politik und Verwaltung, der Sozialarbeit, der Kultur, der Wohnungswirtschaft und von Verbänden, der Zivilgesellschaft. Die Arbeit an solchen Konzepten wird damit auch zur Plattform der Kommunikation zwischen der Öffentlichkeit und der Verwaltung und zwischen einzelnen Dienststellen und Ressorts
- » erfordern die Mitgestaltung und Teilhabe der Menschen vor Ort, die mittels kreativer Planungs-, Partizipations- und Beteiligungsmethoden aktiv in die Prozesse einbezogen werden
- » berücksichtigen Integration und Vielfalt als Querschnittsaufgaben und thematisieren die Schnittstellen und Schnittfelder von Integrations- und Raumpolitik
- » werden zu Plattform der Kommunikation zwischen der Quartiersöffentlichkeit und den lokalen Institutionen und damit zur Vertrauensbasis zwischen den Akteuren
- » benötigen entsprechende personelle und finanzielle Ressourcen zur Erarbeitung sowie zur Koordination und Moderation, zur Begleitung der Umsetzungsprozesse im Stadtteil- oder Quartiersmanagement
- » erfordern den politischen Willen und Rückhalt

**Bildungsoffensive  
Der Wissensvorsprung  
ist Ihr Kapital!**



**Bildungsoffensive Elbinseln,  
Hamburg 2006-2013**

Bildung und Stadtteilentwicklung bedeutet für die Bildungsoffensive Elbinseln, ein Bildungsangebot zu schaffen, das integrativ in den Stadtteil hineinwirkt, und gleichzeitig Bildung als Standortfaktor nach außen zu profilieren. Dabei sollen nicht nur bis 2013 neue Gebäude als Lernorte geschaffen werden, sondern auch konzeptionell und strukturell Veränderungen erreicht werden – auch für den Zeitraum nach der Internationalen Bauausstellung.



## Schnittstellenmanagement

Die Handlungsfelder einer diversitätsorientierten Stadt- und Regionalentwicklung befinden sich meist an der Schnittstelle und im Querschnitt horizontaler (ressortbezogener) und vertikaler (hierarchiebezogener) Zuständigkeiten. Dies betrifft die regionale Ebene ebenso wie den lokalen Bezugs- und Handlungsraum. Die Entwicklung konkreter Strategien und Projekte ist damit stark von den unterschiedlichen Akteuren bzw. AkteurInnengruppen abhängig, die in der Regel auch unterschiedlichen Handlungs- bzw. Ressortlogiken folgen. Im Ergebnis stehen Abstimmungsprobleme und eine unzureichende Wahrnehmung und Bearbeitung gemeinsamer Schnittmenen.

Integrierte Handlungskonzepte bündeln eine Vielzahl von Aufgaben, vernetzen die unterschiedlichen raumrelevanten AkteurInnen und können helfen, Schnittstellen und Schnittfelder zu erkennen und ein gemeinsames, zielgerichtetes Handeln zu koordinieren. Aber dazu bedarf es eines handlungsfähigen Schnittstellenmanagements, ausgestattet mit den dazu notwendigen Ressourcen und versehen mit dem Mandat, die beteiligten Institutionen und AkteurInnen in ihrem Handeln untereinander und bezogen auf die Schnittstellen zu Politik und Öffentlichkeit koordinieren zu können.

Auf der lokalen, der Mikro-Ebene, gilt das Quartiersmanagement als direkte Schnittstelle zwischen Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft. Es umfasst die Aufgabe, die Bevölkerung, die Kultur- und Gewerbetreibenden und andere lokale AkteurInnen aktiv in den Prozess der Stadtentwicklung miteinzubeziehen, deren Bedürfnisse zu erheben und gegenüber der Politik und der Verwaltung vertreten zu können.

Auf der kommunalen bzw. regionalen Ebene zeigt sich, wie wichtig die Etablierung von Leit- oder Koordinationsstellen für Integration und Vielfalt ist. Hier geht es vor allem um die strategische Positionierung der Querschnittsmaterie in den etablierten Verwaltungs- und Planungssystemen und um die Koordination und Abstimmung umsetzungsorientierter und querschnittsorientierter Aktivitäten in der Stadt- bzw. Regionalentwicklung (Wirtschaftsentwicklung, Siedlungsflächenentwicklung, Verkehr und Mobilität etc.).

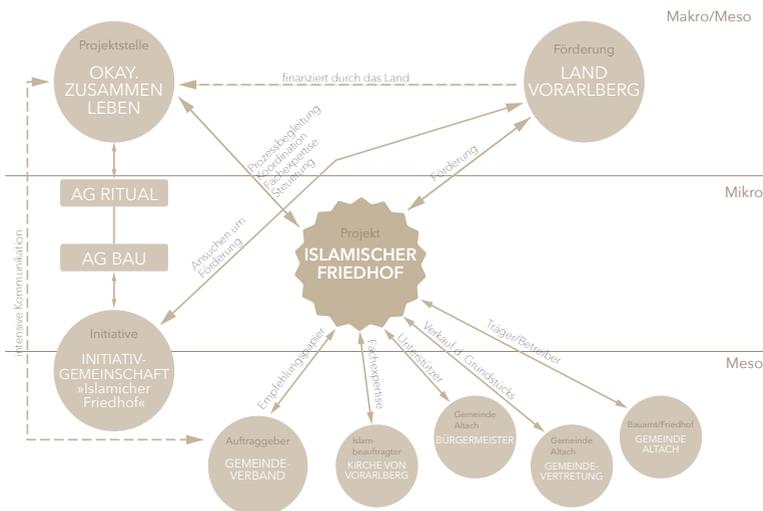
### Das Aufgabenspektrum des Schnittfeldmanagements umfasst u.a.:

- » die Schnittstellenkommunikation zwischen den beteiligten Institutionen und AkteurInnengruppen aus Politik und Verwaltung, von Verbänden und Initiativen, Unternehmen, Kultur- und Sozial- und Bildungseinrichtungen bis zu BewohnerInnen
- » die Initiierung und Begleitung integrierter Entwicklungs- und Handlungskonzepte
- » die Akquisition und die fachliche Begleitung konkreter Projekte und Vorhaben
- » die Koordination von Förderanträgen und die Akquisition, Bündelung und Verwaltung von Mitteln
- » das Bereitstellen von Informationsmaterialien und die Organisation der Wissensvermittlung und des Erfahrungsaustausches
- » das Controlling und die Evaluierung der Prozess- und Projektfortschritte



## Islamischer Friedhof, Altach 2012

Der Islamische Friedhof Altach steht für Angehörige des Islam aller Gemeinden sowie aus allen Gemeinden und Städten Vorarlbergs, die sich nach islamischem Ritus begraben lassen möchten, offen. Die Anlage verfügt über Gräberfelder für 700 Gräber, eine Anlage für die rituelle Waschung, einen gedeckten Bereich der Gemeinschaft und einen kleinen Gebetsraum. Die Gräberfelder sind so angelegt, dass die Toten in der rituell korrekten Ausrichtung - der Körper nach Mekka gerichtet begraben werden können. Im Gebetsraum zeigt die Installation „Schindel-Mihrab“ die Gebetsrichtung nach Mekka an. Der Teppich wurde von Frauen in Sarajevo handgewebt.



Um diese vielschichtigen Aufgaben wahrnehmen zu können, muss das Schnittstellenmanagement mit den nötigen Kompetenzen gegenüber sektoralen oder institutionellen und politischen Zuständigkeiten ausgestattet sein. Dies bedingt das klare politische Bekenntnis der EntscheidungsträgerInnen bezogen auf eine diversitätsorientierte Raumentwicklung und bezogen auf die Etablierung und die Kompetenzen einer ressortübergreifenden und querschnittsbezogenen Managementstelle.

## **Partizipation**

Im planungstheoretischen und auch -praktischen Diskurs besteht große Übereinstimmung dahingehend, die „Betroffenen“ in ihrer Vielfalt stärker einzubeziehen. Was in der Theorie nachvollziehbar klingt, stellt sich in der Praxis als ein anspruchsvolles Vorhaben heraus. Allgemein formulierte Beteiligungs- und Mitwirkungsangebote haben nicht immer den Erfolg, den man ihnen beimisst. Sprachliche Hürden stellen dabei nur eine Herausforderung dar, mit der es umzugehen gilt. Unterschiedliche Zeitbudgets, Erwartungshaltungen aber auch kulturelle Unterschiede bezogen auf das Planungs- und Mitwirkungsverständnis erfordern spezifische Modelle der Aktivierung und Beteiligung. Gerade die Beteiligung der unterschiedlichen sozialen Gruppen benötigt eine differenzierte Ansprache und zielgruppenspezifische, aufsuchende und vielfach unkonventionelle Verfahren.

Das Wecken von Teilhabe und Verantwortung ist ein permanenter Prozess. Dazu ist es notwendig, Überzeugungsarbeit zu leisten und zum Mit-Tun und zur Mit-Verantwortung zu animieren. All dies verlangt auch nach neuen Wegen in den Strategien der Annäherung, des Aufsuchens und der Aktivierung. BewohnerInnen, Vereine oder Non-Profit-Organisationen müssen sich in Entwicklungsprozessen wiederfinden können, Entwicklungs- und Gestaltungspotenziale der Räume entdecken können und Impulse setzen dürfen. Über Beteiligungs- und Mitwirkung entsteht Verantwortung. Verantwortung für den Ort und für die Gesellschaft.

### **Partizipationsprozesse und Beteiligungsverfahren:**

- » benötigen ein klares und verlässliches politisches Commitment
- » besitzen ein ausgesprochen breites Spektrum an Methoden und Werkzeugen
- » sind geprägt von einem informellen Charakter und damit entsprechend den unterschiedlichen Vor-Ort-Bedingungen frei gestaltbar
- » reichen von informativen Angeboten über Beteiligungsmöglichkeiten in Planungsverfahren und Entwicklungsprozessen bis hin zu kooperativen Modellen der gemeinsamen Projektentwicklung und Entscheidungsfindung
- » bedingen eine Zielgruppenanalyse und eine auf deren Alltagsbedürfnisse zugeschnittene Auswahl an geeigneten Aktivierungsstrategien, Methoden und Instrumente
- » brauchen eine klare Verantwortung in der Prozesssteuerung und Moderation wie in der Rollen- und Aufgabenverteilung
- » erfordern ein maßgeschneidertes Prozessdesign
- » bedingen eine größtmögliche Offenheit bezogen auf die Ergebnisse



## Quartiersfonds, Berlin seit 2009

Warum beeinflusst die Bereitstellung finanzieller Mittel den Erfolg des bürgerlichen Engagements? weil durch die Einrichtung eines Quartiersfonds den BürgerInnen ein Budget für die Finanzierung konkreter Projekte zur Verfügung gestellt wird. Dies fördert Aktivierung, Eigenverantwortung und stärkt Kooperationsbereitschaft und Kommunikation.



Alternative  
Finanzierungs-  
formen /  
Partizipative  
Budgets

Die Partizipationsmodelle, von denen hier die Rede ist, besitzen einen ausgesprochen informellen Charakter. Dies bedeutet, dass sie entsprechend den unterschiedlichen Vor-Ort-Bedingungen frei gestaltbar sind. Dazu steht ein Spektrum unterschiedlichster Methoden und Werkzeuge zur Verfügung, die entsprechend der Zielsetzung und der Rahmenbedingungen (AkteurInnenstruktur, Zeitrahmen, Budget etc.) eingesetzt werden können: Angefangen von Online-Umfragen und Interviews über Planungsworkshops und Zukunftswerkstätten bis hin zu BürgerInnenräten.

### **Alternative Finanzierungsformen/Partizipative Budgets**

Die Erfahrungen mit den vielfältigen Projekten im Bereich der Integration unterstreichen den hohen Stellenwert eines aktiven bürgerschaftlichen Engagements für konkrete Projekte und Vorhaben. Mitentscheidend für den Erfolg des Engagements und der Übernahme von Verantwortung ist die Bereitstellung finanzieller Mittel zur Durchführung konkreter Vorhaben. Gerade auf der lokalen Ebene bedarf es vielfach neuer und kreativer Zugänge zu Förderlogiken, die dazu verhelfen, das zivilgesellschaftliche Engagement zu fördern. Beispiele in der Bereitstellung von Quartiersbudgets oder der Bildung eines Quartiersfonds finden sich in den Niederlanden oder in Deutschland (Berlin, Hamburg). Hier werden die Voraussetzungen dazu geschaffen, das BürgerInnen in besonderen Räumen Zugang zu begrenzten Haushaltsmitteln haben, über die sie, ihren eigenen Prioritäten entsprechend, verfügen und in eigener Verantwortung Verbesserungen und Veränderungen herbeiführen können. Solche Quartiersfonds bieten damit gute Chancen, dass BewohnerInnen Verantwortung für das Quartier und für die Nachbarschaft übernehmen und sich darüber hinaus eine neue Qualität von Kooperation und Kommunikation und des Zusammenlebens einstellt.

Ganz neue Möglichkeiten eröffnen sich über die vielfältigen Internet-Plattformen des „Crowdfundings“, die zunehmend auch zur Finanzierung von Vorhaben im sozialen, im kulturellen oder im sozio-ökonomischen Bereich genutzt werden. Die Plattformen werden zu neuen Marktplätzen, bei denen gute Ideen die Chance zur Umsetzung erhalten. Sie werden so zu einer innovativen Alternative zu klassischen Finanzierungsformen und Fördermodellen.

#### **Ziele partizipativer Budgets**

- » Herstellen einer Transparenz
- » Beteiligung und Mitbestimmung der BürgerInnen an konkreten Projekten
- » Stärkere Ausrichtung des Mitteleinsatzes an das Interesse der BürgerInnen
- » Stärkung der Mitverantwortung und des zivilgesellschaftlichen Engagements
- » Stärkung der Stadtteilkultur
- » Stärkung der Vertrauensbasis zwischen Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft



- Personal: Wir haben unglaublich viele Muttersprachen in unserem Team, das ist auch sehr herausfordernd, teilweise, verschiedenste Religionszugehörigkeiten und künstlerische Backgrounds. Und da muss man erst mal lernen zueinander zu finden, aber das ist glaube ich eine Voraussetzung, um diese Vielfalt auch umsetzen zu können. Wir haben regelmäßig Supervision. Es ist auch ein ständiger Lernprozess. Wir versuchen sehr viel die Arbeit auch immer auszuwerten, ich sage auch ganz ehrlich, wir machen auch Fehler.
- Einbeziehung der Bildungseinrichtungen: In der Schule ist es am einfachsten, die Menschen zu erreichen, auch das wäre noch eine Ergänzung, die ich für dieses Paper hätte, dass die Bildungseinrichtungen noch stärker mit einbezogen werden sollten, meiner Meinung nach. Wir sind in sechs verschiedenen Schulen in der umliegenden Umgebung jede Woche im Unterricht vertreten.
- Flexible Förderstrukturen: Ein großer Punkt, der in dem Paper noch nicht vorkommt, sind die Förderungen, wer ist überhaupt zuständig um diese Orte zu schaffen. Dennoch haben wir die Schwierigkeit, dass wir nicht einordenbar sind, dass einige sagen: „Na ja, das ist ein klassisches Integrationsprojekt, wir haben den österreichischen Integrationspreis verliehen bekommen. Die anderen sagen: „Entschuldigung, das ist aber Kunst, da können Sie nicht zu mir kommen.“ Wer fühlt sich eigentlich in den jeweiligen Institutionen und in Förderstellen überhaupt dafür zuständig?









Beispiel  
Handlungs- und  
Kommunikations-  
plattform

## Programm Soziale Stadt, Deutschland 1999 - 2012

Im Vordergrund stehen städtebauliche Maßnahmen in das Wohnumfeld, in die Infrastruktur und in die Qualität des Wohnens. Gerade in benachteiligten Stadtteilen ist es wichtig für mehr Generationengerechtigkeit, Familienfreundlichkeit zu sorgen, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Integration aller Bevölkerungsgruppen zu verbessern.



## 4. Handlungs- und Kommunikationsplattform

### Fehlen handlungsbezogener Förder- und Anreizinstrumente

In vielen österreichischen Kommunen fehlt es an Ressourcen, die vielfältigen Aufgaben und Herausforderungen einer diversitätsorientierten und integrationspolitischen Raumentwicklung bewältigen oder aktiv gestalten zu können. Und es mangelt an einem strukturierten Wissensaustausch bezogen auf die vielfältigen Methoden, Instrumente, Prozesse und Projekte einer (partizipativen) und querschnittsorientierten Stadt- und Regionalentwicklung. Konflikte zeigen sich auch dort, wo es um die Relationen und Verknüpfungen zwischen der Integrations- und der Raumpolitik geht.

Auch erscheint das vorhandene, meist ressortgebundene Instrumentarium zum Umgang mit integrationsrelevanten Fragestellungen und Herausforderungen zu wenig aufeinander abgestimmt. Benötigt wird ein aktives Veränderungsmanagement und geeignete Förder- und Anreizinstrumente, die eine kontinuierliche und vor allem ressortübergreifende Begleitung der Thematik erlauben bzw. unterstützen. Hier sind vor allem der Bund und die einzelnen Länder gefordert!

### Bedarf nach einer aktivierenden und querschnittsorientierten Handlungs- und Kommunikationsplattform

Über den Bedarf nach einer symbolischen Politik hinaus, wird aus der ÖREK-Partnerschaft heraus ein Bedarf einer aktivierenden und vor allem querschnittsorientierten Handlungs- und Kommunikationsplattform formuliert, die vergleichbar dem Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ in Deutschland oder dem Landesprogramm Nordrhein-Westfalen „Initiative ergreifen“ dazu dient, lokale Initiativen im Bereich von „Integration und Vielfalt“ zu fördern.

In Österreich existiert derzeit kein Programm, das den in Deutschland eingesetzten Bund-Länder-Programmen ähnlich ist. Ebenso fehlt eine vergleichbare Förder- und Kommunikationsstrategie. Die Empfehlung zum Aufbau einer entsprechenden Plattform richtet sich explizit an den Bund und an die Länder, die auf der Makro-Ebene<sup>4</sup> in einer besonderen programmatischen Verantwortung stehen.

### Vom Förderprogramm zur Handlungs- und Kommunikationsplattform

In der direkten Gegenüberstellung Top-Down-gerichteter Programme fokussiert die Handlungs- und Kommunikationsplattform auf die Mobilisierung vorhandener Kräfte. Sie soll die Kommunen unterstützen, zivilgesellschaftliche Gruppen und lokale Partnerschaften dahingehend befähigen, Verantwortung für das städtische Gemeinwesen und für eine integrierte Raumentwicklung übernehmen zu können bzw. zu wollen. In den Fokus rückt die Unterstützung in der Erarbeitung integrierter Handlungskonzepte ebenso, wie die Förderung von Maßnahmen im Stadtraum selbst -

<sup>4</sup> Basierend auf einem im Rahmen des Projekts erarbeiteten differenzierten Raum- und Handlungsmodell: mikro (lokal)/meso (regional)/makro (national) wird die Makro-Ebene als programmatisch wirksamer Gestaltungsraum angesehen (Details siehe Jahresbericht 2012).



Beispiel  
Handlungs- und  
Kommunikations-  
plattform

## Initiative ergreifen, Deutschland NRW seit 1996

Woher kommt der Anstoß zu Projekten? Aus der Bürgerschaft. Die Initiativen müssen in der Lage sein möglichst viele Menschen und deren praktisches Engagement zu mobilisieren. Dabei müssen sie oft ungewöhnliche und neue Wege gehen.



also genau dort, wo die Projekte im direkten Lebensumfeld ansetzen und einwirken. Es geht damit um die Förderung des Engagements für eine vielfältige Gesellschaft.

Ziel einer potenziellen Handlungs- und Kommunikationsplattform sind einerseits, die unterschiedlichen AkteurInnen aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Soziales und Zivilgesellschaft bezogen auf ein gemeinsames integratives Handeln zu vernetzen und neues Wissen zu generieren sowie andererseits, dieses über konkrete Projekte und Prozesse sichtbar zu vermitteln. Damit muss die Plattform dazu beitragen, die traditionelle „Raumblindheit“ sektoraler Konzepte überwinden zu können. Es geht also auch um die Initiierung offener Lernprozesse zu einem kooperativen Handeln und um das Sichtbarmachen der gesellschaftlich/kulturellen und der ökonomischen Mehrwerte eines gemeinsamen und verantwortungsvollen Handelns. Vorausgesetzt, die Plattform erhält den dazu erforderlichen politischen Auftrag und die notwendige Ausstattung mit finanziellen und personellen Ressourcen. Bund und Länder stehen hier in einer gemeinsamen Verantwortung.

### **Lernen AN und VON guten Projekten und Prozessen**

So bedeutend diese auch sein mögen: aber Programme und Pläne allein besitzen selten die Kraft die dazu notwendig ist, zivilgesellschaftliches Engagement zu initiieren und die beteiligten AkteurInnen zu einem langandauernden, verantwortungsvollen Handeln zu verhelfen. Jede wirkungsvolle Strategie einer diversitätsorientierten und integrationsrelevanten Raumentwicklung braucht Symbole und zeitnah sichtbare Umsetzungserfolge. Um auch langfristig an Ziele und Qualitätsansprüche einer integrativen Raumentwicklung auf lokaler, städtischer oder auch regionaler Ebene zu binden, sind neben Programmen und Plänen damit immer auch konkrete Projekte notwendig. Erst letztere bringen die einprägsamen und zugkräftigen Bilder hervor, die engagiertes und ausdauerndes Handeln stützen.

#### **Potenzielle Projekte und Handlungsansätze auf der lokalen Ebene werden initiiert**

- » durch Umgestaltung, Ausbau und Erweiterung von zentralen Bildungs-, Kultur- oder Gemeinschaftseinrichtungen
- » durch die Förderung von Initiativen und Projekten der Stadtteilwirtschaft
- » durch Gestaltung und Aktivierung öffentlicher Räume
- » durch neue Kooperationsformen innerhalb und außerhalb der Verwaltung, die Erprobung der Verbindlichkeit bei informellen Kooperationen und quartiersbezogenen Finanzierungsformen (beispielsweise Sozialraumbudgets/Verfügungsfonds)
- » durch neue Strukturen für bürgerschaftliches Engagement (Aufbau von Ehrenamtsstrukturen mit Einbindung von Vereinen und MigrantInnenorganisationen oder im Rahmen von Projekten im Aufbau und in der Bewirtschaftung soziokultureller Einrichtungen oder Angebote), Mentoren- oder Patenprogramme
- » durch neue Strukturen für freie TrägerInnen und Vereine (räumliche und inhaltliche Anbindung an vorhandene Orte der Integration
- » durch Einbindung von Stiftungen und private Unternehmen in quartiersbezogene Projekte



Sie sind hier: Startseite

## Projekte im Porträt



## 7. Bundeskongress Nationale Stadtentwicklungspolitik

"Städtische Energien - die Rolle der Wirtschaft" lautete das Thema des 7. Bundeskongresses Nationale Stadtentwicklungspolitik am 17. und 18. Juni 2013 in Mannheim und Ludwigshafen.

[mehr](#)

## Video "7. Bundeskongress Nationale Stadtentwicklungspolitik"



# Nationale Stadtentwicklungspolitik, Deutschland seit 2007

Die Nationale Stadtentwicklungspolitik bringt Handelnde und Interessierte zum Thema Stadt zusammen. Sie schafft Plattformen für einen lebendigen Austausch, thematisiert aktuelle stadtesellschaftliche und städtebauliche Trends und greift beispielhafte Handlungs- und Lösungsansätze auf.

Beispiel  
Handlungs- und  
Kommunikations-  
plattform

## 7. Bundeskongress Nationale Stadtentwicklungspolitik "Städtische Energien – die Rolle der Wirtschaft"

Im Mittelpunkt des 7. Bundeskongresses Nationale Stadtentwicklungspolitik am 17. und 18. Juni 2013 in Mannheim und Ludwigshafen stand die Wirtschaft in der Stadt. Der Blick richtete sich dabei auf Formen der Kooperation und auf die Übernahme von Verantwortung für Prozesse der Stadtentwicklung.

[Mehr](#)

Weitere aktuelle Meldungen finden Sie [hier](#).

## Aktuelle Veranstaltungen

### Tagung "Stadt\_Kirche - Erkundungen zur Bedeutung von Kirchen des 19. 21. Jahrhunderts für die Stadt- und Gemeindeentwicklung"

## Video Internationaler Kongress "Urban Energies"



"Städtische Energien" waren Leitthema eines internationalen Kongresses am 11. und 12. Okt. 2012, zu dem das Bundesministerium für Verke Bau und Stadtentwicklung eingeladen hatte. 130 Experten und Experten diskutierten die

Konkrete Projekte werden zum Impuls und zum Bezugspunkt für konkretes Handeln und Engagement. Dabei geht es auch darum, über konkrete Projekte das öffentliche Bewusstsein für die spezifischen Werte einer bunten, vielfältigen Gesellschaftsstruktur herauszuarbeiten. An guten Projekten werden die Potenziale und die MehrWerte des gemeinsamen Handelns und des Zusammenlebens anschaulich.

Damit geht es immer auch um das Lernen an und von den Projekten, die über ihren Status als „Living-Labs“ zum Impuls einer neuen kulturellen Praxis im Umgang mit „Integration und Vielfalt“ werden können. Ein Impulsprogramm kann den strategischen Rahmen zu Prozessen schaffen, die dann auf der städtischen bzw. lokalen Ebene zu neuen Kooperationsformen, Mitwirkungs- und Teilhabemodellen und Projekten führen. Die Handlungs- und Kommunikationsplattform wird für diese Projekte zur „Bühne“ eines offenen Dialogs und eines (planungs)kulturellen Lernprozesses.

### **Impuls zu einer neuen kulturellen Praxis**

Mit einer offenen und herausfordernden Anlage kann die Handlungs- und Kommunikationsplattform den Umgang mit Integration und Vielfalt als kulturellen Prozess initiieren. Die Projekte und Prozesse müssen den fachlich/politischen Dialog anregen und gleichermaßen zu dezentralen Plattformen der Beteiligung und der Zusammenarbeit von Institutionen mit der Zivilgesellschaft werden. An den Projekten gilt es, die Handlungsräume und Mit-Mach-Möglichkeiten auszuloten, zuzuspitzen und zu qualifizieren. In den Fokus rückt die Stimulation eines breiten zivilgesellschaftlichen Engagements. Über das Lernen an Projekten und Prozessen wird die Plattform zum Impuls einer neuen kulturellen Praxis im Umgang mit den vielfältigen Szenen, Milieus der Stadtgesellschaft im Raum. Eingebunden in die Plattform folgen die lokalen oder regionalen Projekte den Anspruch, jeweils orts- und situationspezifische Lösungen zu entwickeln. Gute Projekte werden damit immer auch Kräfte freisetzen, die sich wirkungsvoll auf ihre Umgebung auswirken können.

#### **Aufgaben der Handlungs- und Kommunikationsplattform:**

- » Fachliche Unterstützung und Beratung von VorhabenträgerInnen in rechtlicher, instrumenteller und fördertechnischer Sicht
- » Akquisition und Förderung von Projekten, die darauf ausgelegt sind, die MehrWerte des raumbezogenen Handelns bezogen auf die Herausforderung von Integration und Vielfalt deutlich zu machen
- » Bereitstellung notwendiger Fördermittel entweder durch ein eigenes Budget oder durch die handlungsbezogene Verknüpfung und Bündelung vorhandener Förderprogramme unterschiedlicher Mittelgeber
- » Aufbau und Pflege eines länderübergreifenden Netzwerkes bezogen auf den Erfahrungsaustausch und das Voneinander-Lernen der beteiligten AkteurInnen (z.B. über die Durchführung von Konferenzen und Fachdiskursen)
- » Etablierung und Betreuung einer Hochschulpartnerschaft (im Sinne des Monitorings, der wissenschaftlichen Begleitung und des Wissenstransfers)
- » Vermittlung des gewonnenen Erfahrungswissens und der Projekte an die Öffentlichkeit.











- Größe/Breite der Plattform – Frage: „wie klein muss so eine Plattform ange-dacht werden?“ unterschiedliche Zugänge:  
 -> aufgrund der Kompetenzen und der nicht geklärten Ressourcen bezüglich der Themenfindung macht es Sinn, eher klein anzufangen und weiter auszubauen  
 -> wir müssen schon etwas stärker markieren und positionieren, weil wenn wir zu klein ansetzen, fällt es so stark unter die Aufmerksamkeitsgrenze, dass das Interesse und die Teilnahme auch endendwollend ist
- Größenordnung – Frage: „wie groß ist nun wirklich der Bedarf und der Radius eine solche Plattform zu installieren? Ist es nicht irgendwann nach 10 Projekten abgegrast?“ -> wie in Deutschland, wo der Bedarf wegen den Projekten und der Fläche so riesengroß ist (hier lohnt es sich das aufrecht zu erhalten) Gefahr: Österreich von Fläche und Anzahl der Projekt zu klein – und deshalb Plattform bald zu Ende





stelle mit der Integrationspolitik; aber es wäre gut, wenn man auch die RaumplanerInnen und ZiviltechnikerInnen vor Ort erreicht (denn hier können Beispiele und auch das Bewusstsein generiert werden, wo die Grenzen das Thema hineinbringen, klar werden)





### Allgemeine Anmerkung:

- Vielfalt und Integration unterstützen zentrale raumplanerische Prinzipien:
- Stärkung der Ortszentren/Ortskerne/Stadtkerne als Lebensräume/Begegnungsräume/kulturelle Räume - das sind die Potenziale!
- (die Begegnung um Vielfalt und Integration zu ermöglichen - ein altes raumplanerisches Thema)
- Auf der regionalen Ebene: polyzentrische Entwicklung
- Auch hier Ankerpunkte Kernräume schaffen, wo man sich begegnen kann, wo auch Kultur, Unterhaltung, Sport, Jugend, alt sich treffen können. (Ein altes raumplanerisches Thema, genau so wie sich Siedlungsstrukturen an den Strukturen des Öffentlichen Verkehrs, an den Infrastrukturen orientieren sollten)
- Hinsichtlich der Raumplanung, der Raumordnungsgesetze und der umsetzenden Instrumente: hier braucht es keine neuen Instrumente, um die Themen der Vielfalt und Integration aufzuarbeiten! Wir brauchen erweiterte Planungsprozesse und um die zu erhalten und einrichten zu können, braucht es im Vorfeld wieder die Bewusstseinsbildung, das politische Kommitment! Also keine neuen Instrumente aber entsprechende Planungsprozesse, um diesen vielfältigen Themen und Herausforderungen gerecht zu werden! (Es braucht mehr als ein Integrationsleitbild- das lebt noch nicht!)









## **7. Teilhabe, Partizipation und bürgerschaftliches Engagement, Netzwerkbildung**

- » In welchen Bereichen haben Sie in Ihrer Gemeinde bereits erfolgreich etablierte Vernetzungsstrukturen verschiedener Akteure aufbauen können? Lassen sich diese eventuell auch für Fragen einer vielfältigen Gesellschaft nutzen?
- » Wie kann Teilhabe und Verantwortung in Planungsprozessen innerhalb Ihrer Gemeinde erreicht werden? Wo macht Teilhabe Sinn?
- » Welche Beteiligungs- und Mitwirkungsprozesse gibt es innerhalb Ihrer Gemeinde?
- » Welche Möglichkeiten gibt es in Ihrer Gemeinde, damit sich verschiedene Bevölkerungsgruppen in planerischen Beteiligungsprozessen einbringen können?
- » An welchen Projekten könnte, neben der Mitwirkung in Planungsprozessen, auch Mitverantwortung erreicht werden?

## **8. Planungsinstrumente**

- » Welche regionalen oder örtlichen Entwicklungsplanungen gibt es in Ihrer Gemeinde? Spielen dabei die Themen Vielfalt und Integration eine Rolle?
- » Wer sind die Akteursgruppen, die bei konkreten Planungen agieren?
- » Welche strategischen Elemente der integrierten Stadtteilentwicklung, Regionalentwicklung (quartiers- oder Regionalmanagement, etc.) gibt es bereits?
- » Wie kann das Thema einer integrierten Planungsstrategie in Ihrer Gemeinde entwickelt / ausgebaut werden?
- » Welche AkteurInnen (Abteilungen, SachbearbeiterInnen, ...) müssen innerhalb der Gemeindeverwaltung miteinander vernetzt werden, um ressortübergreifende Maßnahmen setzen zu können? Wie können noch weitere AkteurInnen in den Planungsprozess miteingebunden werden?

Zusammenstellung der Fragen basierend auf:

- » Selbstscheck Integration, Standortbestimmung für österreichische Gemeinden hinsichtlich kommunaler Integrationspolitik und deren Entwicklungsmöglichkeiten, (ARGE Integration – Interkulturelles Zentrum, Institut für Konfliktforschung, ÖAR Regionalberatung, Donau-Universität Krems, 2009)
- » Zusammenleben und Integration, ein Leitfaden für Gemeinden (Land Oberösterreich, 2009)

## Impressum

Im Auftrag des Bundeskanzleramtes

Technische Universität Wien  
Fachbereich Örtliche Raumplanung (IFOER)  
Univ. Prof. DI Rudolf Scheuvs  
Univ. Ass. DI Daniela Allmeier  
Univ. Ass. M.Sc. Anna Kokalanova

YEAN [Network for Spatial Research Studies]  
und Universität Innsbruck, Institut für Städtebau  
und Raumplanung  
Ass. Prof. Dr. Wolfgang Andexlinger  
DI Stefan Mayr

Technische Universität Wien  
Fachbereich Soziologie (ISRA)  
o. Univ. Prof. Dr. Jens S. Dangschat

Interkulturelles Zentrum  
Mag. Franjo Steiner

Wien, 2013

Kontakt  
Daniela Allmeier  
T +43 1 58801 280424  
M [daniela.allmeier@ifoer.tuwien.ac.at](mailto:daniela.allmeier@ifoer.tuwien.ac.at)



BUNDESKANZLERAMT  ÖSTERREICH

